



Hauptausschuss

6. Sitzung (öffentlicher Teil)*

18. Januar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 bis 12.55 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenograf: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/400

1

Der Ausschuss behandelt in einem ersten Beratungsdurchgang den Einzelplan 01 - Landtag -, die ihn tangierenden Kapitel des Einzelplans 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei - sowie das Kapitel 15 081 - Landeszentrale für politische Bildung.

* nichtöffentlicher Teil siehe APr 13/168

2 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NRW)

Gesetzentwurf
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 13/371
Vorlage 13/340

-

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, den Gesetzentwurf in der nächsten Sitzung abschließend zu behandeln.

(Kein Diskussionsprotokoll)

3 Neuordnung der Bezüge von Regierungsmitgliedern - Altersversorgung

Antrag
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 13/470 (Neudruck)
Vorlage 13/158

17

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der F.D.P.-Fraktion, die Behandlung des Antrags zurückzustellen, bis die vom Ältestenrat eingesetzte Diätenkommission ihre Arbeit abgeschlossen hat.

4 Abstimmung über einen Termin für eine öffentliche Anhörung zu den Gesetzentwürfen zur Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung und Benennung der Sachverständigen

-

Der Ausschuss vereinbart, die Anhörung am 25. April, 13.00 Uhr, durchzuführen. Die mitberatenden Ausschüsse werden gebeten, innerhalb der nächsten zwei Wochen Vorschläge für Sachverständige und Fragen einzureichen. Der Vorsitzende kündigt an, die Obleute zur Erarbeitung der Sachverständigenliste und des Fragenkatalogs einzuladen, sobald eine Rückmeldung der mitberatenden Ausschüsse vorliegt.

(Kein Diskussionsprotokoll)

5 Unterbringungskonzept der Landesregierung

-

Dieser Punkt wird in nichtöffentlicher Sitzung behandelt; siehe dazu
das Ausschussprotokoll 13/168.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung wünscht **Vorsitzender Edgar Moron** ein gutes neues Jahr und gratuliert Abgeordnetem Engel zum Geburtstag.

Er teilt mit, dass sich Herr Adamowitsch entschuldigen lasse, weil er heute in Berlin an einer Besprechung der Chefs der Staats- und Senatskanzleien teilnehmen müsse. Die Landesregierung werde durch Herrn Staatssekretär Riotte vertreten.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/400

Einzelplan 01 - Landtag

Direktor beim Landtag Jeromin legt dar, der Entwurf des Einzelplans 01 weise gegenüber dem Vorjahr lediglich eine Steigerung von 300.000 DM oder 0,2 % auf.

Markante Veränderungen ergäben sich in den so genannten Abgeordnetentiteln. Hier sei eine lineare Steigerung um 2 % zu verzeichnen, die der Veränderung im Abgeordnetengesetz entspreche. Ein Mehrbedarf von 1,5 Millionen DM ergebe sich bei der Abgeordnetenentschädigung, ein Minderbedarf von 400.000 DM bei den Aufwandsentschädigungen. Bei den Aufwendungen für die Mitarbeiter der Abgeordneten müssten 700.000 DM mehr veranschlagt werden. Auch bei den Altersentschädigungen sei ein Mehrbedarf zu konstatieren.

In den Personalhaushalt seien die linearen Steigerungen der Personalkosten eingerechnet. Es gebe drei Stellenhebungen, die allerdings durch Absetzung einer Planstelle überkompensiert würden. Im Jahre 2001 könne der Landtag, obwohl er dies gern getan hätte, noch nicht an der Personalbudgetierung teilnehmen, weil der seitens des Finanzministeriums geforderte Sparbetrag zu hoch sei.

Im Sachhaushalt ergäben sich Mehrkosten insbesondere bei der Telekommunikation wegen verstärkter Nutzung der Anlage z. B. durch Handyumleitungen. Auch müsse die neue Zweitausstattung für die Abgeordneten etatisiert werden.

Ursprünglich seien die Mittel und Stellen für Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen abgesetzt worden; er erinnere daran, dass der Haushaltsentwurf bereits im August letzten Jahres vom Präsidium festgestellt worden sei. Deshalb müsse der Mittelbedarf für die Enquete-Kommissionen und die Diätenkommission in der ersten Ergänzungsvorlage etatisiert werden. Die Enquete-Kommissionen einschließlich der damit verbundenen Auslagerung von

Teilen der Landtagsverwaltung verursachten Kosten in Höhe von 3,8 Millionen DM, die Diätenkommission von 400.000 DM. Die Deckung erfolge aus dem Einzelplan 20.

Im August letzten Jahres habe das Präsidium entschieden, die Maßnahme Diskussionsanlage zurückzustellen und die Durchführung in den Jahren 2001 und 2002 vorzusehen. Dafür sollten 850.000 DM Barmittel und 1,65 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen in den Haushaltsplan 2001 eingestellt werden.

Keine Mittel seien im Haushaltsplanentwurf für den Bezug des Deutschen Depeschen-Dienstes ddp vorgesehen. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushalts seien vom Präsidium keine entsprechenden Mittel eingestellt worden, weil der Probebezug noch gelaufen sei. Hier könnte sich eine Haushaltsnotwendigkeit ergeben.

Horst Engel (F.D.P.) erkundigt sich, in welcher Weise die Ökosteuer Eingang in den Haushaltsplanentwurf gefunden habe.

Direktor beim Landtag Jeromin antwortet, Mehrkosten durch die Ökosteuer seien nicht einkalkuliert, müssten also durch Einsparungen aufgebracht werden.

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) ergänzt, der Finanzminister lege bei seinen Vorgaben für die Ressorts die Preisentwicklung einschließlich solcher Elemente wie die Ökosteuer bereits zugrunde.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) bittet darum, nicht durch verwaltungsinternes Handeln Fakten hinsichtlich des Bezugs des Deutschen Depeschen-Dienstes ddp zu schaffen. Der Bezug dürfe keinesfalls eingestellt werden. Vielmehr gelte es dafür zu sorgen, dass alle Agenturen, die in Düsseldorf Büros unterhielten, in das Angebot des Intranets aufgenommen würden. Einen entsprechenden Brief habe er an den Landtagspräsidenten gerichtet.

Vorsitzender Edgar Moron meint, wenn man sich darüber einig sei, sei es Aufgabe der Fraktionen, einen entsprechenden Erhöhungsantrag zu stellen.

Zu **Titel 256 00** - Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit - stellt **Werner Jostmeier (CDU)** fest, dem Erläuterungsband sei zu entnehmen, dass die Landtagsverwaltung keine AB-Maßnahmen mehr vorsehe. Dafür bitte er um eine Begründung.

Hier handele es sich um die Beschreibung der gegenwärtigen Situation, erläutert **Direktor beim Landtag Jeromin**. Es sei nicht ausgeschlossen, dass man zukünftig wieder Arbeits-

beschaffungsmaßnahmen einrichte. Im Moment gebe es dafür allerdings keine geeigneten Projekte.

Werner Jostmeier (CDU) spricht sodann **Seite 10 f.** des Entwurfs des Einzelplans 01 an und fragt, ob die zum Teil beträchtlichen Erhöhungen durchweg auf die Tatsache zurückzuführen seien, dass der Landtag nunmehr über vier Fraktionen verfüge. Besonders eklatant sei die Erhöhung des **Titels 411 16 - Versicherungsleistungen für Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete** -, dessen Ansatz 1999 noch 1,7 Millionen DM betragen habe, 2000 auf 3,8 Millionen DM angestiegen sei und auch im laufenden Haushaltsjahr 3,8 Millionen DM betragen solle.

Direktor beim Landtag Jeromin bemerkt, die Erhöhungen seien in der Tat zum einen durch die höhere Zahl von Mandatsträgern bedingt, zum anderen durch eine besondere Problematik, die im Zusammenhang mit der Hilfskasse stehe.

Ministerialrat Donath (Landtagsverwaltung) ergänzt, die Hilfskasse sei eine Rentenversicherung für Abgeordnete, in der Abgeordnete bis 1980 versichert worden seien. Die Zuschussbedarfe hätten in den letzten Jahren stets rund 3,5 Millionen DM betragen. Sie seien 1999 ausnahmsweise gesunken, weil es überdurchschnittlich viele Sterbefälle gegeben habe und aus diesem Grunde Deckungsrückstellungen hätten aufgelöst werden können. Diese seien dem allgemeinen Haushalt zugeflossen und hätten den Zuschussbedarf vermindert. Aufgrund der Prognose des Versicherungsmathematikers müsse man allerdings in Zukunft auch mit Zuschussbedarfen von 3 Millionen DM plus x rechnen und habe deshalb den Ansatz entsprechend kalkuliert. Sollte der Zuschussbedarf mittelfristig sinken, werde der Ansatz angepasst. Genaue Zahlen seien erst nach Abschluss des Wirtschaftsjahres bekannt. Der Zuschussbedarf für 2000 werde 2001 gedeckt. Wie hoch der Zuschussbedarf 2000 sei, stehe noch nicht fest. Er tendiere zu 2,5 Millionen DM.

Werner Jostmeier (CDU) führt zu **Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmeldegebühren** - aus, in den letzten Jahren sei das Telefonieren bekanntlich erheblich billiger geworden. Dennoch sei hier eine Ansatzserhöhung von 300.000 DM erforderlich.

Direktor beim Landtag Jeromin äußert, man versuche alle Einsparmöglichkeiten auszureizen. Die Kostensteigerung sei nicht zuletzt auf die Rufumleitung auf Handys zurückzuführen.

Werner Jostmeier (CDU) interessiert, ob der Landtag einen Vertrag mit einem Telefonanbieter abgeschlossen habe.

MR Donath (Landtagsverwaltung) antwortet, es existiere ein Vertrag mit der Firma ISIS mit besten Konditionen, weil ein eigenes Kabel für den Landtag verlegt worden sei. Regelmäßig werde überprüft, ob ISIS der günstigste Anbieter sei. Bestimmte Dienstleistungen würden nach wie vor von der Telekom bezogen, weil diese von ihr besonders günstig angeboten würden.

Ursprünglich habe es bei diesem Titel einen Bedarf von über 1,7 Millionen DM gegeben. Dann sei eine rückläufige Tendenz bis auf 1,48 Millionen DM eingetreten; seinerzeit seien die möglichen Einsparungen ausgeschöpft gewesen. Seit 1998 sei wieder eine stetig steigende Ausgabesituation durch die stärkere Nutzung der Anlage zu verzeichnen.

Bei **Titel 518 10 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** - erkundigt sich **Werner Jostmeier (CDU)** nach dem Stand der Diskussion um die Villa Horion. Er habe das Gefühl, dass inzwischen kaum noch jemand durchblicke, und meine, der Hauptausschuss müsste sich endlich eine Meinung bilden und diese dann vertreten. Der Finanzminister habe in der vergangenen Woche in der Presse eindringlich gemahnt, man möge haushaltspolitische Vernunft walten lassen, und sich mit Nachdruck dafür ausgesprochen, die Villa so schnell wie möglich zu vermieten oder zu verkaufen.

Vorsitzender Edgar Moron teilt die Auffassung von Herrn Jostmeier und meint, die Situation müsse im Rahmen der Haushaltsberatungen geklärt werden.

Direktor beim Landtag Jeromin merkt an, der Ältestenrat habe gestern beschlossen, in der nächsten Woche eine außerterminliche Sitzung über die Raumfrage durchzuführen und zuvor den Abgeordneten, die die Villa Horion nicht kennen, eine Ortsbesichtigung zu ermöglichen.

Vorsitzender Edgar Moron fügt an, außerdem bestehe die Kommission unter dem Vorsitz des Präsidenten, in der die Parlamentarischen Geschäftsführer tätig seien, von denen man wisse, dass sie eine sehr handlungsfähige Arbeitseinheit mit hohem Durchsetzungsvermögen bildeten. Der Ältestenrat warte auf die Vorschläge dieser Kommission. Die Sache müsse auf jeden Fall im Februar oder März entschieden werden.

Auch **Werner Jostmeier (CDU)** bekräftigt die Meinung, dass man im Februar oder März den Knoten durchschlagen müsse. Von Herrn Hardt habe er gehört, dass die Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses, die sich zunächst gegen einen Umzug des Petitionsreferats in die Villa Horion gewehrt hätten, nach einer Besichtigung begeistert über die Möglichkeiten gewesen seien, die dort bestünden.

Mit der Raumsituation werde sich, wie man gehört habe, der Ältestenrat in der nächsten Woche noch einmal befassen, erklärt **Vorsitzender Edgar Moron**. Dabei werde sicherlich

auch die Frage eine Rolle spielen, ob der Petitionsausschuss nach außen verlagert werde. Ob man das bereits in der nächsten Woche entscheiden könne, sei eine andere Frage. Möglicherweise sei das viel schwieriger, als man im Augenblick denke.

Carina Gödecke (SPD) erinnert daran, dass der Ältestenrat gestern die Klärung der aktuellen Raumsituation von der Frage der Zukunft der Villa Horion getrennt habe.

Dorothee Danner (SPD) vertritt die Auffassung, ein Gebäude wie die Villa Horion sollte nicht zur Unterbringung einer Verwaltung genutzt werden.

Zu **Titel 811 10** - Erwerb von Dienstfahrzeugen - bittet sie um Auskunft, ob inzwischen geklärt sei, dass in dieser Hinsicht eine Systemumstellung erfolge.

Direktor beim Landtag Jeromin macht darauf aufmerksam, dass zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplans noch davon ausgegangen worden sei, dass der Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen nach wie vor durch Kauf erfolge. Inzwischen sei ins Auge gefasst, künftig Dienstkraftfahrzeuge im Rahmen von Leasingverträgen anzuschaffen. Das hätte allerdings zur Folge, dass der Ansatz für Mieten entsprechend erhöht werden müsste.

Vorsitzender Edgar Moron fragt, ob der Einbau von Klimaanlage in Büros fortgesetzt werde. - **Direktor beim Landtag Jeromin** verneint.

Lothar Hegemann (CDU) stellt die Frage, ob es, wie er gehört habe, tatsächlich zutreffe, dass das Landtagsgebäude nicht gebäudeversichert sei.

MR Donath (Landtagsverwaltung) bestätigt dies. Nach den Verwaltungsvorschriften zu § 34 Landeshaushaltsordnung versichere das Land grundsätzlich weder Gebäude noch Fahrzeuge. Nordrhein-Westfalen gehe wie alle anderen Länder und der Bund davon aus, dass es preiswerter sei, die entsprechenden Risiken selbst abzudecken und die von den Versicherungsunternehmen bei öffentlich-rechtlichen Körperschaften erhobenen Zuschläge auf die Prämien zu sparen.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) möchte wissen, wo die Einrichtung der Arbeitsplätze für die Enquete-Kommissionen veranschlagt werde.

Direktor beim Landtag Jeromin teilt mit, die Kosten dafür würden in der Ergänzungsvorlage ausgewiesen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Leitender Ministerialrat Nebe (Staatskanzlei) trägt vor, der Haushaltsplanentwurf 2001 berücksichtige erstmals die Neuorganisation der Landesregierung nach der letzten Landtagswahl. Infolgedessen fänden sich im Einzelplan 02 die beiden neuen Kapitel 02 050 - Kirchen - und 02 070 - Landesplanung -, jedoch nicht mehr das Kapitel 02 040 - Eine-Welt-Politik.

Wegen der vielen Veränderungen im Einzelplan 02 sei ein unmittelbarer Vergleich mit dem Haushaltsplan des Vorjahres nur eingeschränkt möglich.

Zunächst wolle er auf eine Besonderheit im Personalhaushalt, die Ausfluss der Neuorganisation sei, eingehen. Erstmals würden im Einzelplan 02 141 so genannte Klammerstellen ausgewiesen. Dies seien Stellen, die mit Fachaufgaben der Ministerien korrespondierten. Im Falle der Staatskanzlei gehe es im Zusammenhang mit der Fachaufgabe Landesplanung/Bezirksplanungsräte um entsprechende Stellen, die bisher im Einzelplan 03 veranschlagt gewesen seien und dort entfielen.

Als Ergebnis der Organisationsuntersuchung in der Staatskanzlei seien insgesamt 22 Stellen einzusparen gewesen. Davon hätten acht noch unter einem Vorbehalt im Hinblick auf eine mögliche zukünftige elektronische Verbreitung der Presseschau gestanden. 14 Stellen seien mit dem Nachtragshaushalt 2000 abgesetzt worden, zehn davon im Nachtragshaushalt 2000 realisiert. In den Folgejahren seien noch weitere vier Stellen sowie möglicherweise die unter Vorbehalt stehenden zu realisieren, eine des höheren Dienstes davon im Haushalt 2001, die ab 1. Januar dieses Jahres mit einem kw-Vermerk versehen sei und zu Beginn des Haushaltsjahres realisiert werde. Dies zeige, dass man sich bezüglich der Vorgaben für die Realisierung der kw-Vermerke vorzeitig verhalten habe.

Für die Staatskanzlei sei im Jahre 2001 eine Budgetierung der Personalausgaben vorgesehen. Die entsprechenden Haushaltsvermerke fänden sich in der Ergänzungsvorlage. Zielsetzung sei die Flexibilisierung der Mittelbewirtschaftung im Personalhaushalt.

Er habe bereits darauf hingewiesen, dass im Einzelplan 02 erstmals das Kapitel "Kirchen" veranschlagt sei. Die Gesamtausgaben betrügen 48,3 Millionen DM. 2,2 Millionen DM seien für den Neubau einer Synagoge der Jüdischen Gemeinde in Wuppertal vorgesehen.

Den eindeutigen politischen Schwerpunkt des Einzelplans 02 bilde das Kapitel 02 200 - Medien und Telekommunikation. Für die Förderung und Entwicklung des Medienlandes Nordrhein-Westfalen seien 61,5 Millionen DM vorgesehen. Mit der Ergänzungsvorlage würden in diesem Kapitel weitere 21,5 Millionen DM durch Verlagerung von TPW-Mitteln aus dem Einzelplan 08 etatisiert. Dieser Mittel habe sich die Staatskanzlei in der Vergangenheit auch schon bedient. Sie seien nunmehr in den Haushalt der Staatskanzlei verlagert worden. Es gehe also nicht um eine Ausweitung des Ansatzes, sondern lediglich um eine haushaltstechnische Verlagerung.

Die politische Schwerpunktsetzung finde ihren Niederschlag insbesondere in der Titelgruppe 61 - Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur. Hierfür sehe der Regierungsentwurf eine Erhöhung um rund 6,7 Millionen DM vor.

Zuschüsse zur Fortentwicklung des Film- und Fernsehstandortes Nordrhein-Westfalen fänden sich im Wesentlichen in den Titeln 683 61 und 892 61. Die Ansätze seien gegenüber dem Vorjahr um fast 2,3 Millionen DM erhöht worden. Bekanntlich habe Nordrhein-Westfalen bis in die zweite Hälfte der 80er-Jahre hinein eine ausgesprochen gering entwickelte Film- und Fernsehlandschaft gehabt. Es sei dann aber gelungen, zu den konkurrierenden Produktionsstandorten London, Paris, München, Berlin und Hamburg aufzuschließen und eine konkurrenzfähige film- und fernsehwirtschaftliche Infrastruktur aufzubauen. Nunmehr gelte es, in der drastisch verschärften Konkurrenzsituation zwischen den Medienstandorten in Europa das Land Nordrhein-Westfalen weiter auf seinem Spitzenplatz zu positionieren. Deswegen schlage man hier eine finanzielle Ausweitung vor.

Eine Erhöhung erfahre auch der Ansatz des Titels 546 61 - Geschäftsbesorgungen durch die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH und durch die Internationale Filmschule Köln GmbH. Die vorgesehene Erhöhung um 5,6 Millionen DM gehe im Wesentlichen auf die geplante Finanzierung der Internationalen Filmschule zurück; dabei gehe es um 5,1 Millionen DM. Anders als in München, Berlin/Brandenburg und Hamburg gebe es in Nordrhein-Westfalen bis heute keine gebündelte und praxisnahe Ausbildung für Film- und Fernsehfachkräfte auf Hochschulniveau. Weil dies der Fall sei, bestehe die Gefahr, dass Film- und Fernsehtalente zum Studium an Konkurrenzstandorte abwanderten und dort später Unternehmungen gründeten. Ziel der Gründung der Internationalen Filmschule in Köln sei, diesen "brain drain" umgehend zu stoppen.

Kapitel 02 010 - Ministerpräsident

Werner Jostmeier (CDU) möchte wissen, ob es in der Staatskanzlei eine über die durch die Neuorganisation der Landesregierung begründete Stellenausweitung hinausgehende Personalvermehrung gebe.

LMR Nebe (StK) verweist auf die Übersichten auf den Seiten 11 und 15 des Einzelplans 02, aus denen hervorgehe, dass die Anzahl der Stellen für Beamte mit 151 in den Jahren 2000 und 2001 gleich bleibe und die Anzahl der Stellen für Angestellte von 161 auf 160 sinke. Dies berücksichtige die Realisierung von zwei kw-Vermerken - siehe Seite 17. Hinzugekommen sei - das finde sich auf Seite 15 - eine befristet eingerichtete Stelle zur Qualifizierung eines arbeitslosen Schwerbehinderten als Teil eines Programms, das fast alle Ressorts betreffe.

Den Medien sei zu entnehmen gewesen - so **Werner Jostmeier (CDU)** -, dass Herr Klenke nicht mehr als Regierungssprecher tätig sein werde und Frau Meckel diese Aufgabe übernehme. Ihn interessiere, ob das Auswirkungen auf den Haushaltsplan habe.

LMR Nebe (StK) antwortet, der Wechsel sei zum 1. März vorgesehen. Einzelheiten seien noch nicht bekannt. Es könnte allenfalls sein, dass eine Leerstelle benötigt werde.

Vorsitzender Edgar Moron bittet darum, sich dazu in der nächsten Sitzung berichten zu lassen, wenn der Chef der Staatskanzlei anwesend sei.

Lothar Hegemann (CDU) legt dar, er habe gehört, dass Herr Klenke aus gesundheitlichen Gründen aus dem Amt des Regierungssprechers ausscheide, aber Geschäftsführer der Medien GmbH des Landes werden solle. Das halte er für merkwürdig.

LMR Nebe (StK) berichtet, Herr Klenke sei, wie er selbst gegenüber der Öffentlichkeit geäußert habe, aufgrund seiner gesundheitlichen Verfassung nicht in der Lage, das Amt des Regierungssprechers mit zusätzlicher Verantwortung für den Medienbereich in der Landesregierung wahrzunehmen.

Werner Jostmeier (CDU) stellt fest, wenn es so sei, wie Herr Hegemann angedeutet habe, müsste dies haushaltsmäßige Auswirkungen haben.

Vorsitzender Edgar Moron bittet erneut darum, zu den Herrn Klenke betreffenden Fragen den Chef der Staatskanzlei in der nächsten Sitzung Stellung nehmen zu lassen.

Lothar Hegemann (CDU) äußert, Herr Klenke selbst habe öffentlich gesagt, dass er sich gesundheitlich nicht mehr in der Lage fühle, das Amt des Regierungssprechers wahrzunehmen. Das sei bedauerlich. Wenn dem gleichen Artikel aber zu entnehmen sei, dass Herr Klenke die Geschäftsführung der landeseigenen Medien GmbH übernehmen solle, halte er die Frage für berechtigt, in welcher gesundheitlichen Verfassung er sich tatsächlich befinde.

StS Riotte (IM) erläutert, es bestehe erstens die Möglichkeit, einen Beamten als dienstunfähig in den Ruhestand zu versetzen, was nicht bedeute, dass er gleichzeitig erwerbsunfähig im gesamten Bereich der freien Wirtschaft sei. Es bestehe zweitens die Möglichkeit, einen Beamten nach § 38 Landesbeamtengesetz in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Und es bestehe drittens die Möglichkeit der Beurlaubung, um in der privaten Wirtschaft tätig zu werden. Welche dieser Gestaltungsmöglichkeiten die Landesregierung anwende, könne heute noch nicht gesagt werden, weil noch keine Entscheidung getroffen worden sei.

Werner Jostmeier (CDU) möchte wissen, ob der um 345.000 DM steigende Ansatz des **Titels 518 10** - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume - etwas mit dem "Stadttor" zu tun habe.

Des Weiteren interessiere ihn, ob der um 51.000 DM steigende Ansatz des **Titels 527 10** - Reisekostenvergütungen für Dienstreisen - mit dem Mehr an Personal in der Staatskanzlei zusammenhänge.

LMR Nebe (StK) stellt fest, der Erhöhungsbetrag für Mieten und Pachten werde ausschließlich durch das "Stadttor" verursacht. Entsprechend dem Mietvertrag erfolge im Jahre 2001 eine erstmalige Mieterhöhung um den Erhöhungsbetrag.

Die Erhöhung des Ansatz für Reisekosten entstehe durch Umsetzung der Mittel aus dem Kapitel 02 100 Titel 527 10.

Werner Jostmeier (CDU) spricht dann den **Titel 531 10 - Für Aufgaben des Landespresse- und Informationsamtes (Öffentlichkeitsarbeit)** - an. Der Ansatz dieses Titels sei in den vergangenen Jahren erheblich angehoben worden. Wenn man den Einzelplan 02 auf Etatposten durchforste, die auch etwas mit Öffentlichkeitsarbeit zu tun hätten, stoße man außerdem auf die Erstellung von Gutachten, auf Beraterverträge, auf die Erfüllung von Repräsentationspflichten usw.; er verweise auf die Seiten 26, 27, 30, 46, 50 und 130. Das veranlasse ihn zu der Frage, ob man bei Aufstellung des Haushalts nicht auch einmal darüber nachgedacht habe, dass sich in diesem Bereich ein erhebliches Sparpotenzial ergebe. Erwähnen wolle er in diesem Zusammenhang auch, dass eine Position, die mit 400.000 DM dotiert sei, allein dazu diene, die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten in Form von Videos und sonstigen Maßnahmen zu vermarkten.

LMR Nebe (StK) betont, dass der Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit des Landespresse- und Informationsamtes gegenüber 2000 in gleicher Höhe bleibe. Für die Planung und Durchführung von NRW-Festen beispielsweise würden aber 100.000 DM weniger angesetzt, um die Ersatzbeschaffung eines Mehrkanaldokumentationsdruckers zu finanzieren. Das Landespresse- und Informationsamt stehe also durchaus auch in der Konsolidierungsverpflichtung.

Die von Herrn Jostmeier vorgenommene Einschätzung, dass Kosten für Sachverständige oder für Gutachten der Öffentlichkeitsarbeit vergleichbar seien, teile er nicht; hierbei handele es sich um völlig andere Sachverhalte. Honorarkräfte etwa, die wissenschaftliche Arbeit leisteten, leisteten diese nicht zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung. Vielmehr würden Honorarkräfte in einem finanziell begrenzten Maße beschäftigt, um zu wissenschaftlichen Fragestellungen bestimmter Politikinhalt die Staatskanzlei vorübergehend zu verstärken. Ähnlich verhalte es sich mit Gutachten. Diese würden beispielsweise vergeben, wenn man juristischen Rat zu speziellen Fragestellungen benötige.

Werner Jostmeier (CDU) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Ansatz der **Titelgruppe 60 - Für wissenschaftliche Beratung und zur Gewinnung von Planungs- und Entscheidungshilfen** - mehr als verdoppelt worden sei.

Zur **Titelgruppe 61 - Kommunikationsmanagement, Call Center** - bittet der Abgeordnete um eine Erläuterung der weiteren Entwicklung.

LMR Nebe (StK) räumt ein, dass der Ansatz der Titelgruppe 60 gegenüber dem Vorjahr in der Tat erheblich ausgeweitet worden sei. Dabei bitte er zu beachten, dass der Ansatz des

Titels 526 60 - Kosten für Gutachten und Forschungsaufträge - im Jahre 2000 außergewöhnlich niedrig gewesen sei. Vorher hätten dafür immer etwa 100.000 DM zur Verfügung gestanden. Mit dem im Jahre 2000 angesetzten Betrag sei man nicht ausgekommen; man habe ihn mit Zustimmung des Finanzministers im Rahmen der Herstellung gegenseitiger Deckungsfähigkeit verstärkt.

Außerdem bitte er zu berücksichtigen, dass der **Titel 685 60** - Mitgliedsbeitrag des Landes an das Europäische Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis - neu aufgenommen worden sei. Der Ansatz betrage 100.000 DM. Zunächst sei als Form der Zusammenarbeit die Mitgliedschaft erwogen worden; nach neueren Überlegungen könne sich das aber auch anders darstellen, etwa in Form der Einholung von Gutachten. Die Staatskanzlei beabsichtige, sich vom Europäischen Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis in Fragen der föderalstaatlichen Ordnung und europäischen Entwicklungen beraten zu lassen.

Zu Titelgruppe 61 verweist der Regierungsvertreter auf den von der Staatskanzlei Mitte letzten Jahres dazu vorgelegten ausführlichen Bericht, der deutlich gemacht habe, dass man mit dem Call-Center den Umständen entsprechend gute Erfahrungen gemacht habe. Weil es sich um eine völlig neue Einrichtung gehandelt habe, habe es naturgemäß Anlaufschwierigkeiten gegeben. Dennoch sei das Call-Center bei den Bürgerinnen und Bürgern gut angekommen. Deshalb sei die Beauftragung des Betreibers des Call-Centers in einem Fünfjahresvertrag verstetigt worden, nachdem zunächst nur ein Vertrag, der ein halbes Jahr gegolten habe, abgeschlossen worden sei.

Horst Engel (F.D.P.) bittet um Auskunft, aus welchem Titel das Schreiben von Reden bezahlt werde.

LMR Nebe (StK) antwortet, das wäre im Falle der Staatskanzlei der **Titel 427 60** - Kosten für Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte. Im Haushaltsjahr 2000 seien allerdings externe Redenschreiber nicht in Anspruch genommen worden. Auch für 2001 bestehe nicht die Absicht.

Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen

Werner Jostmeier (CDU) wendet sich zunächst dem **Titel 685 40** - Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH - zu. Nachdem er dazu den Erläuterungsband gelesen habe, stelle sich ihm die Frage, ob und inwieweit dies Ersatz dafür sein solle, dass der Ministerpräsident im Zusammenhang mit dem Ruhrgebiet nicht das habe durchsetzen können, was er sich vorgestellt habe. Er würde dies lieber im Beisein des Chefs der Staatskanzlei diskutieren, hätte aber heute gern die Frage beantwortet, wo der Mehrwert der hier veranschlagten 15 Millionen DM erwartet werde. Überdies habe er den Eindruck gewonnen, dass die Erläuterungen von demselben Verfasser stammten, der auch die Erläuterungen im Zusammenhang mit dem

Wissenschaftszentrum und den Instituten geschrieben habe. Sie seien nämlich weitgehend deckungsgleich.

LMR Nebe (StK) empfiehlt, die Projekt Ruhr GmbH zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise auf der Grundlage einer Vorlage oder eines Vortrags zu thematisieren. Dies würde die Möglichkeiten der Erläuterung im Rahmen von Haushaltsberatungen sprengen.

Natürlich habe die Staatskanzlei die Einschätzung, dass die 15 Millionen DM Projektmittel, die für 2001 erstmals veranschlagt würden, keinesfalls fehlinvestiert seien, sondern dass damit im Ruhrgebiet Entwicklungen auf den verschiedensten Feldern, die, wie er einräume, im Erläuterungsband recht abstrakt und allgemein beschrieben seien, angestoßen würden, die dort ansonsten nicht stattfänden, gerade weil die Projekt Ruhr GmbH vorhandene Kräfte in allen zentralen Politikfeldern bündeln und somit eine initiiierende, koordinierende Funktion für Projekte haben solle.

Für **Werner Jostmeier (CDU)** stellt sich hier insbesondere die Frage der Doppelgleisigkeit. Von daher hält auch er es für angebracht, die Projekt Ruhr GmbH im Rahmen eines gesonderten Tagesordnungspunktes zu behandeln.

Vorsitzender Edgar Moron schlägt vor, auf das Thema in der nächsten Sitzung zurückzukommen.

Heinz Hardt (CDU) spricht die sich aus der Übersicht über den vorläufigen Wirtschaftsplan der Projekt Ruhr GmbH in den Erläuterungen ergebenden erheblich gestiegenen Ansätze an und bittet dafür um eine Begründung.

LMR Nebe (StK) bittet zu berücksichtigen, dass die Projekt Ruhr GmbH erst im April 2000 gegründet worden sei. Es sei eine Sonderrücklage in der Größenordnung von 30 Millionen DM geschaffen worden, die heute den Stammhaushalt der Projekt Ruhr GmbH darstellten. Im ersten Jahr seien daraus die Betriebsausgaben sowie die ersten Projektansätze finanziert worden. Nunmehr zeige sich eine Zweiteilung: Die Rücklage werde genutzt, um im Stammhaushalt die Betriebsausgaben der Projekt Ruhr und deren eigenes Personal zu finanzieren. Projekte und Personal, das in diesen arbeite, würden über die 15 Millionen DM Projektmittel finanziert.

Werner Jostmeier (CDU) erscheinen die in **Titel 893 00 - Brandschutztechnische Sanierung der Klimaanlage im Dienstgebäude der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften** - angesetzten Kosten von 3 Millionen DM sehr hoch.

LMR Nebe (StK) berichtet, er sei über die Höhe der Kosten auch erschrocken gewesen. Aber die Bauverwaltung, die eingeschaltet worden sei, habe eine Bestandsaufnahme gemacht und gesagt, dass die Sanierung zwingend erforderlich sei, dass es keine Alternative gebe und dass sich die Kosten in der Tat auf 3 Millionen DM beliefen.

Kapitel 02 030 - Europa- und internationale Angelegenheiten

Werner Jostmeier (CDU) bittet um eine Begründung für die Kürzung des Ansatzes von **Titel 534 10 - Aufwendungen für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes** - um 1,225 Millionen DM.

Neu sei der **Titel 534 30 - Maßnahmen zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg** - mit 350.000 DM. Dagegen werde der Ansatz des **Titels 686 00 - Zuschüsse für Projekte im Ausland** - um 394.000 DM gekürzt. Er hätte gern gewusst, inwieweit diese beiden Haushaltsstellen korrespondierten.

Im Übrigen gebe es seines Erachtens gute Gründe - darüber sollte man aber in der nächsten Sitzung in Anwesenheit des Chefs des Staatskanzlei diskutieren -, den Titel 686 00 nicht zu kürzen, sondern möglicherweise sogar anzuheben, weil die damit finanzierten Projekte recht wirkungsvoll seien und vielleicht ausgeweitet werden sollten.

LMR Nebe (StK) erläutert, in dem Kapitel "Europa- und internationale Angelegenheiten" müsse generell gegenüber dem Vorjahr eine nicht unerhebliche Einsparung in Höhe von 2,5 Millionen DM festgestellt werden. Das sei Ausfluss der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung.

Hinsichtlich der Haushaltsstruktur bitte er zu beachten, dass die Fünftertitel der Förderung eigener Projekte und die Sechstertitel der Förderung von Projekten Dritter dienten. Mit den Titeln 534 30 und 684 50 werde die Benelux-Kooperation finanziert. Insgesamt stünden dafür 425.000 DM zur Verfügung.

Kapitel 02 050 - Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) bittet um Auskunft, ob und, wenn ja, in welcher Weise Muslime aus dem nordrhein-westfälischen Landesetat gefördert würden.

Ministerialrat Dr. von Schroeter (Staatskanzlei) antwortet, über das Landesamt für Zuwanderung in Solingen werde eine Reihe von Projekten muslimischer Institutionen gefördert. Anträge muslimischer Institutionen auf institutionelle Förderung gegenüber dem Land lägen allerdings nicht vor. Die entsprechenden Institutionen seien aber finanziell auch relativ stark.

Vom Verband Islamischer Kulturzentren in Köln sei bekannt, dass sich dessen Immobilienvermögen in den letzten fünf Jahren von 60 auf über 300 Millionen DM gesteigert habe. Der Moscheebau in Nordrhein-Westfalen werde zurzeit aus Eigenmitteln finanziert. Dazu hätten aber auch keinerlei Zuschussanträge vorgelegen.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) möchte weiter wissen, ob, wenn Anträge vorgelegt würden, die Möglichkeit bestehe, diese positiv zu bescheiden.

MR Dr. von Schroeter (StK) erläutert, die Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen, aber auch die anderer Bundesländer gegenüber Kirchen beruhten auf historischen Rechtsverpflichtungen. Daneben gebe es geringfügige Positionen, die der Förderung kleinerer Religionsgemeinschaften dienten. Aus diesem Topf habe man kleine Maßnahmen beispielsweise der äthiopisch-orthodoxen Christen oder der russisch-orthodoxen Christen gefördert. Insgesamt stünden aber nur marginale Beträge zur Verfügung, sodass es übertrieben wäre, wenn er äußerte, man könnte in großem Maße Förderanträge aus dem Kreis der Muslime bedienen.

Hans Frey (SPD) ergänzt, im Schuletat fänden sich viele Ansätze, die direkt oder indirekt mit dieser Problematik zu tun hätten. Zurzeit gebe es Verhandlungen mit islamischen Verbänden über die Einführung eines Faches islamische Unterweisung an den Schulen. Diese gestalteten sich etwas schwierig, weil sich die islamischen Verbände recht uneinig seien, was wie und mit welchen Akzenten gelehrt werden solle. Die Bereitschaft des Landes allerdings sei vorhanden, sodass davon ausgegangen werden könne, dass man auch auf diesem Wege eine gewisse Gleichberechtigung der Religionen und Konfessionen erreichen werde.

Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Die Erläuterungen zu diesem und den beiden weiteren Kapiteln überzeugten ihn nicht, legt **Werner Jostmeier (CDU)** dar. Ihm stelle sich die Frage, inwieweit hier eine Doppelgleisigkeit mit zahlreichen weiteren Institutionen, z. B. den Hochschulen, stattfinde. Es gehe aus den Erläuterungen nicht hervor, ob und, wenn ja, in welcher Weise eine Konkurrenzsituation zu den Hochschulen bestehe. Es werde nicht klar, ob nicht auch der Akademie der Wissenschaften ganz erheblich Konkurrenz gemacht werde. In den gesamten Erläuterungen zu den drei Instituten werde an keiner Stelle erwähnt, dass ein Forschungsergebnis von einer Firma übernommen worden sei. In dem ganzen Bereich fehle ihm die Frage nach dem wirtschaftlichen Mehrwert, nach dem, was das Land davon habe. Deshalb stelle er einmal die Frage in den Raum, ob irgendjemand das Gefühl hätte, dem Land würde etwas fehlen, wenn diese Institutionen im nächsten Jahr nicht mehr im Landesetat auftauchten.

Schon vor vielen Jahren habe die CDU-Fraktion im Zusammenhang mit diesen Kapiteln eine Aufgabenkritik erbeten, die seines Wissens bis heute nicht vorliege. Der Auftritt der Präsidenten der drei Institute im Jahre 1996 im Hauptausschuss habe seine Fraktion nicht so

überzeugt, dass sie von ihrer Meinung abgekommen wäre, hier könnte man ganz erheblich kürzen. Die Frage der Kürzung müsse vor allem vor dem Hintergrund gestellt werden, dass diese Mittel wesentlich hilfreicher und wirkungsvoller den nordrhein-westfälischen Hochschulen und Fachhochschulen zur Verfügung gestellt werden könnten. Nach seiner Auffassung müssten all diese Fragen einmal im Rahmen eines gesonderten Tagesordnungspunktes politisch geklärt werden.

LMR Nebe (StK) meint, die Feststellungen seines Vorredners hätten nicht dazu gedient, ihn zu einer Stellungnahme zu veranlassen, sondern sollten nach seinem Verständnis eine Grundsatzebene provozieren. Deshalb wolle er den Ausschuss lediglich darüber informieren, dass das Wissenschaftszentrum mit seinen Instituten einer Evaluierung unterzogen werde, und sagen, dass die Landesregierung die von Herrn Jostmeier vorgenommene Einschätzung nicht teile.

Dorothee Danner (SPD) äußert, sie habe das Vergnügen gehabt, an mehreren Veranstaltungen des Wissenschaftszentrums teilzunehmen, und müsse sagen, dass es sich dabei um sehr hochrangige und vor allem zukunftsorientierte Veranstaltungen gehandelt habe. Sie schlage vor, dass sich der Ausschuss einmal vom Präsidenten des Wissenschaftszentrums die Aktivitäten der Einrichtung erläutern lasse.

LMR Nebe (StK) empfiehlt, die Ergebnisse der Evaluierung abzuwarten und dann ein entsprechendes Gespräch zu führen.

Vorsitzender Edgar Moron bittet die Staatskanzlei, den Ausschuss zu informieren, sobald die Ergebnisse der Evaluierung vorlägen.

Werner Jostmeier (CDU) zeigt Verständnis dafür, dass Herr Nebe zu solchen Anmerkungen, wie er sie in Bezug auf das Wissenschaftszentrum und die Institute gemacht habe, nicht Stellung nehmen wolle. Aber die Haushaltsberatungen böten schon die Gelegenheit, die Schwerpunkte der Politik zu diskutieren. Deshalb wolle er in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass die Tatsache, dass der Chef der Staatskanzlei nicht anwesend sei und dass der Ministerpräsident noch nie im Hauptausschuss gewesen sei, ein bezeichnendes Licht darauf werfe, für wie wichtig dieses Gremium gehalten werde.

Vorsitzender Edgar Moron entgegnet, dies sei kein fairer Vorwurf. Der Ministerpräsident könne an der Sitzung nicht teilnehmen, weil er in Berlin Gespräche mit den übrigen Ministerpräsidenten führe. Der Chef der Staatskanzlei habe sich entschuldigen lassen, weil auch er in Berlin mit den übrigen Chefs der Staats- und Senatskanzleien zusammentreffe. Man sei nun einmal Teil eines föderalen Systems, in dem es sehr viele Termine gebe. Wenn der Ausschuss

wolle, dass der Ministerpräsident einmal zu einem bestimmten Thema in diesem Kreise spreche, werde er mit Sicherheit gern kommen. Das sage er nicht für die Landesregierung, sondern das erwarte er als Vorsitzender des Hauptausschusses.

Hinsichtlich des Instituts Arbeit und Technik bemerkt **Hans Frey (SPD)**, er verfolge dessen Entwicklung seit Jahren sehr intensiv und wisse, dass von dort wesentliche Entwicklungen angestoßen worden seien. Insbesondere erwähne er die beiden Stichworte "Solarenergie" und "Bauen mit Stahl". Berücksichtigt werden müsse allerdings, dass die Institute im Wesentlichen Grundlagenforschung betrieben. Unbestritten sei, dass sie sich in entsprechenden Fragen ein internationales Renommee erworben hätten. Von daher sehe er der Evaluation gelassen entgegen.

Kapitel 02 070 - Landesplanung

Werner Jostmeier (CDU) äußert, erstmalig tauche der **Titel 685 20 - Zuschüsse und Beiträge an Vereine und Organisationen** - auf, aus dem unter anderem ein Zuschuss an das Institut für Raumplanung gegeben werde. Ihn interessiere, welche Tätigkeiten dieses Institut ausübe.

LMR Nebe (StK) stellt klar, dieser Titel sei bisher im Einzelplan 10 geführt worden. Das Zentralinstitut für Raumplanung nehme Aufgaben in Fragen der Raumordnung, Regional- und Landesplanung wahr.

Kapitel 02 100 - Vertretung des Landes beim Bund

Werner Jostmeier (CDU) bemerkt im Zusammenhang mit **Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmeldegebühren** -, dass die Kosten dramatisch anstiegen. Er entnehme den Erläuterungen, dass dies mit einer Standleitung zusammenhänge, die sich Minister Samland nach Berlin schaffen wolle, und frage, ob dies zutreffe.

LMR Nebe (StK) weist darauf hin, dass früher zur Postbeförderung ein Pendeldienst zwischen Düsseldorf und Bonn eingerichtet gewesen sei. Die Kosten dafür entfielen. Darüber hinaus werde eine Standleitung zwischen Berlin und Düsseldorf eingerichtet, die die Fernspreckgebühren belaste. Über diese Leitung werde nicht nur telefoniert, sondern würden auch Daten ausgetauscht.

Werner Jostmeier (CDU) erkundigt sich nach der Höhe der Einsparungen durch den Wegfall der Postbeförderung im Pendeldienst.

LMR Nebe (StK) bemerkt, dass die Einsparungen nicht so hoch ausfielen wie die Ausgaben-erhöhung, was mit der größeren Entfernung nach Berlin zusammenhänge. Schriftgut werde jetzt über die Post nach Berlin transportiert.

Im Zusammenhang mit **Titel 713 00 - Neubau der Landesvertretung NRW in Berlin** - möchte **Werner Jostmeier (CDU)** erfahren, ob die für den Neubau geplanten Mittel ausreichen.

LMR Nebe (StK) verweist auf die sich im Zusammenhang mit dem Neubau der Landesver-tretung nach der Ergänzungsvorlage ergebenden Veränderungen. Nach heutiger Einschätzung werde man mit den veranschlagten Mitteln in Höhe von 49 Millionen DM auskommen.

Kapitel 02 200 - Medien und Telekommunikation

Werner Jostmeier (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die für seine Fraktion dazu bestehenden Fragen im Medienausschuss thematisiert würden.

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

Kapitel 15 081 - Landeszentrale für politische Bildung

Staatssekretär Dr. Fischer (Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie) nimmt die Gelegenheit der Haushaltsberatungen wahr, um dem Ausschuss den neuen Leiter der Landeszentrale, Herrn Dr. Walter Schulten, vorzustellen. Herr Schulten sei Diplomsoziologe und fünf Jahre Leiter der Gruppe "Planung" in der Staatskanzlei und zuvor 15 Jahre Leiter eines Erwachsenenbildungswerks gewesen.

Vorsitzender Edgar Moron stellt, diesen Tagesordnungspunkt abschließend, eine zweite Beratungsrunde zum Haushaltsplanentwurf 2001 für die nächste Sitzung am 1. Februar in Aussicht. Die abschließende Haushaltsberatung werde am 8. März nach der Anhörung durchgeführt.

Zu Tagesordnungspunkt 2 - Stichwort "Feiertagsgesetz" - siehe Beschlussteil, Seite II.